



Presseerklärung des Sicherheitsrats zum Terroranschlag in der Provinz Sulu (Philippinen)

NEW YORK, 28. Januar 2019 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten auf das Schärfste den abscheulichen und feigen Terroranschlag vom 27. Januar 2019 auf die Kathedrale von Jolo in Sulu (Philippinen), bei dem 20 Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt wurden und zu dem sich die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL/Daesh) bekannt hat.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen den Familien der Opfer und der Regierung der Philippinen ihr tiefstes Mitgefühl und Beileid aus und wünschten den Verletzten eine rasche und vollständige Genesung.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats unterstrichen, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, zur Rechenschaft gezogen und vor Gericht gestellt werden müssen, und forderten alle Staaten nachdrücklich auf, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats mit der Regierung der Philippinen und allen anderen zuständigen Behörden in dieser Hinsicht aktiv zusammenzuarbeiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erklärten erneut, dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, gleichviel aus welchen Beweggründen und wo, wann und von wem sie begangen werden. Sie bekräftigten, dass alle Staaten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen mit allen Mitteln bekämpfen müssen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und sonstigen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts.

19-01352 (G)

